

Energiepolitik

Klimakonferenz und hohe Energiepreise: Die unangenehme Wahrheit

19.11.2026

Auf einen Blick

Am 9. November startet die 31. UNO-Klimakonferenz im türkischen Antalya. Die aktuelle Lage zeigt: Europa hat zu wenig Energie, um das Klima besser zu schützen. Die Preisexplosion ist eine Warnung für die Schweiz: Auch wir brauchen mehr winterfesten Strom, wenn wir es mit der Elektrifizierung ernst meinen.

Vor ziemlich genau 20 Jahren erschien der Dokumentarfilm «An Inconvenient Truth». Al Gore und andere Bekanntheiten machten darin die Probleme des Klimawandels einem globalen Publikum zugänglich. Die Schweiz war damals bereits Klimaschutz-Pionierin: Sie ratifizierte die UN-Klimakonvention 1993, das Kyoto-Protokoll 1997 und verfügt seit 2000 über ein CO2-Gesetz. Heute liegen unsere Emissionen fast 30 Prozent tiefer als 1990, trotz mehr Bevölkerung und vervielfachtem Wohlstand.

Nun, da die internationale Klimapolitik an ihrer 31. Konferenz verhandelt wird, ist die «unbequeme Wahrheit» eine andere: Der globale Klimaschutz stagniert trotz engagierten Ländern wie der Schweiz. Die Interessen von Industrie- und Schwellenländern driften auseinander. Für letztere stehen wirtschaftliche Entwicklung, Klimaanpassung und Finanzierung im Vordergrund. Die Zusagen der grossen Emittenten bleiben lückenhaft, die angespannte Geopolitik überlagert vieles. Man muss an Bertolt Brecht denken: Erst kommt das Fressen, dann die Moral.

Energie ist eine strategische Ressource

Europa bewegt sich scheinbar naiv durch dieses Umfeld. Die Energiepolitik ist dafür beispielhaft: Abbau kommt vor Aufbau. Seit 20 Jahren verschwinden Raffineriekapazitäten aus Europa, man kann die alte Infrastruktur nicht schnell genug loswerden. Nun wird Diesel knapp und teuer. Alternativen fehlen, obwohl die Erneuerbaren von Andalusien bis Lappland massiv ausgebaut werden. Im Winter bleibt Energie knapp und ohne verlässliche, regelbare Ergänzungen setzt Gas in der kalten Jahreszeit den Strompreis. Heute beträgt sein Anteil am europäischen Strommix rund 17 Prozent. Eine strategische Gasreserve oder relevante eigene Förderung hat Europa nicht. Entsprechend liegen die Gaspreise deutlich über jenen in den USA. Auch gegenüber Asien öffnet sich eine Schere. Dort ist der Kohleanteil am Strommix noch etwa doppelt so hoch wie im globalen Durchschnitt, und zugebaut wird grundsätzlich viel von allem. In Europa sind Länder mit ausreichender Wasser- oder Kernkraft besser vor hohen Preisen geschützt. Die vielzitierte «fossile Abhängigkeit» entpuppt sich damit auch als mangelnde Resilienz im Stromsystem. Denn Abhängigkeiten tun erst weh, wenn man zu wenig Alternativen hat.

Man kann es drehen und wenden, wie man will: Europa fehlt die Energie für mehr Klimaschutz. Unsichere Versorgung und resultierende Preisausschläge

hemmen Investitionen. Das betrifft auch die Schweiz. Trotz rund 50 Prozent mehr Produktionskapazität in den letzten zehn Jahren, vor allem durch Solaranlagen, produzieren wir im Winter zu wenig Strom. Selbst in der «geschützten» Grundversorgung stammen rund zwei Drittel des Stroms vom europäischen Markt. Die europäischen Preise schlagen nicht sofort durch, sondern folgen verzögert – und gehen tendenziell nicht mehr runter. Der regulierte Grundversorgungspreis liegt heute rund ein Viertel höher als vor fünf Jahren. Für Firmen die Klimaschutz betreiben wollen, stellt sich daraus eine einfache Frage: Warum sollen sie in E-LKWs, Wärmepumpen und andere elektrische Technologien investieren, wenn sie nicht wissen, ob in fünf Jahren genügend Strom vorhanden sein wird und ob er bezahlbar ist?

Es ist Zeit, Energie endlich als strategische Ressource zu verstehen. Nur wer genug davon hat, kann konsequent in eine klimaneutrale Zukunft investieren. Diese Erkenntnis hat sich auch in der Klimadiplomatie durchgesetzt. Deshalb steht günstige, saubere, sichere Energie in Antalya weit oben auf der Agenda. Erfolgreiche Klimapolitik muss auf einer soliden Energiepolitik basieren. Dies gilt auch für die Schweiz. Und darum braucht es Nachjustierungen – zum Beispiel in der Volksabstimmung über die Aufhebung des Kernenergieverbots am 28. Februar 2027. Oder in der Diskussion um das Stromabkommen mit der EU.

Erstpublikation dieses Textes erfolgte am 19. November 2027 in der Luzerner Zeitung.



Lukas Federer
Bereichsleiter Energie, Umwelt, Infrastruktur & Digitales, Mitglied der erweiterten Geschäftsleitung

© economiesuisse | www.economiesuisse.ch